

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Mobilität am 02.12.2021
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung.....	5
1 Einwohnerfragestunde.....	5
2 Antrag gem. § 24 GO: der Städteinitiative Tempo 30 beitreten Vorlage: FB5/1401/2021	5
3 Information zur Bahnunterführung Osterath	6
4 Vorstellung einer Initiative für digitale Parkraumbewirtschaftung durch "Smartparking" (Referent angefragt).....	6
5 Einführung Handyparken auf den bewirtschafteten Parkplätzen Meerbuschs Vorlage: FB5/1437/2021	7
6 Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung im Bereich Parkplatz Josef-Kohtes-Straße 22. Vorlage: FB5/1434/2021	7
7 Taktverdichtung K-Bahn - Planung der Umsetzungsstufen 1 und 2 Vorlage: DezIII/1432/2021.....	7
8 Haushaltsberatung 2022	8
Produkt 120.541.010 – Straßen, Wege, Plätze – Verkehrsplanung/-konzepte.....	9
Produkt 120.546.010 – Parkraumbewirtschaftung	10
9 Anträge.....	12
10 Anfragen.....	12
10.1 Anfrage der SPD vom 9.11.2021: Fahrradfreundliches Meerbusch Vorlage: DezIII/0170/2021.....	13
10.2 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2021: Verkehrssituation Niederlöricker Str. / Dorfstraße Vorlage: DezIII/0173/2021	13
10.3 Anfrage der SPD vom 23.11.2021: Fahrradabstellplätze, Park and Ride Anlage Osterath Vorlage: DezIII/0175/2021	13
11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	14
12 Termin der nächsten Sitzung 31.03.2022	14
13 Verschiedenes	14

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula Es gilt die 3G-Regel!

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

Anwesend:

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker

Ratsmitglied

Vertretung für Frau Norma Köser

Frau Marlis Docktor

Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Heinz Berend Jansen

Herr Andreas Harms

Ratsmitglied

Herr Thomas Jung

Ratsmitglied

Herr Dr. Felix Nieberding

Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer

Ratsmitglied

Herr Daniel Thywissen

Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Christa Kohn

Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt

Ratsmitglied

Herr Karl Trautmann

Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Thomas Gabernig

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen

Sachkundiger Bürger

Frau Silke Hülsemann

Ratsmitglied

Frau Barbara Neukirchen

Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Hartwig Spetsmann

Sachkundiger Bürger

Vertretung für Frau Rita Henning

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Andreas Wagner

Sachkundiger Bürger

von der Verwaltung

Frau Dana Frey

Dezernat III

Frau Denise Pottbäcker

Dezernat III/Umwelt

Herr Christian Volmerich

Stadtkämmerer

Schriftführerin

Frau Lena Clermont

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Heinz Berend Jansen

Ratsmitglied

Frau Norma Köser

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Rita Henning

Ratsmitglied

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Dr. Nieberding stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen sei.

Er bittet die Ausschussmitglieder um Einverständnis zur Erweiterung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte

10.2 „Anfrage Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2021: Verkehrssituation Niederlöricker Str. / Dorfstraße“ sowie

10.3 „Anfrage der SPD vom 23.11.2021: Fahrradabstellplätze, Park and Ride Anlage Osterath“ erweitert.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Frau Thomas meldet sich zu Wort und erkundigt sich nach dem Stand der Arbeiten rund um die Bahnunterführung Osterath und was konkret die „Unterbrechung auf unbestimmte Zeit“ bedeute. Weiterhin erfragt sie mit Blick auf TOP 7 die Möglichkeiten der Stadt Meerbusch darauf hinzuwirken, die dortigen Bahnsteige barrierefrei zu gestalten – besonders der Bereich Rheinstraße / Krefelder Hauptbahnhof wird hervorgehoben.

Technischer Dezernent Assenmacher verweist auf den folgenden Vortrag der DB Netz AG unter TOP 3. Zur zweiten Anfrage entgegnet er, dass die Zuständigkeit bei der Rheinbahn liege. Weite Teile in Meerbusch seien bereits barrierefrei, wann es in Krefeld so weit sein werde, könne er nicht sagen.

Des Weiteren meldet sich Frau Dr. Blaum zu Wort und erkundigt sich, ob die Fuß- und Radunterführung mit Blick auf TOP 3 trotzdem umsetzbar sei und die Kreuzungen Strümper Straße und Meerbuscher Straße früher fertiggestellt werden könnten. Darüber hinaus fragt sie nach der Repräsentativität der im Juni durchgeführten Verkehrszählungen im Rahmen des Mobilitätskonzepts und bittet darum, auf das ausführende Ingenieurbüro zuzugehen, um die Werte um 10 bzw. 20 anzuheben. Diese Werte habe sie dem VCD-Newsletter entnommen. Anschließend weist sie darauf hin, dass Sie als Verfasserin der Bürgeranregung keine Einladung zur Ausschusssitzung erhalten habe. Technischer Dezernent Assenmacher entgegnet, dass offenbar ein Versehen vorliege und die Einladungen nach wie vor an die Verfasser von Bürgeranregungen versendet würden.

Darüber hinaus weist er auf die jahrzehntelange Erfahrung des Ingenieurbüros Planersocietät hin. Die Ergebnisse der Verkehrszählungen seien durchaus repräsentativ. Sie seien mit Zahlen aus vergangenen Jahren und aus anderen Städten abgeglichen worden. Auf die Fragen zur Unterführung werde die DB Netz AG im späteren Vortrag eingehen.

2 Antrag gem. § 24 GO: der Städteinitiative Tempo 30 beitreten Vorlage: FB5/1401/2021

Beschlussvorschlag:

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist den Antrag vom 11.08.2021 „Beitritt der Städteinitiative Tempo 30“ und „Bewerbung als Modellstadt für die Umsetzung von Tempo 30“ gemäß 24 GO NRW an den zuständigen Ausschuss für Mobilität.

Ausschuss für Mobilität

Der Ausschuss für Mobilität beschließt den Antrag gemäß § 24 GO NRW vom 11.08.2021 „Beitritt der Städteinitiative Tempo 30“ und „Bewerbung als Modellstadt für die Umsetzung von Tempo 30“ zuzustimmen.

Einstimmig beschlossen

Ratsfrau Niegeloh gibt zu verstehen, dass die SPD die Bürgeranregung begrüße. Ratsfrau Neukirchen erläutert, dass Sie ebenfalls hinter der Bürgeranregung stehe und gerne Modellstadt werden würde, um aus der bestehenden Gesetzeslage ausbrechen zu können.

Technischer Dezernent Assenmacher hebt hervor, dass das Tempo 30 regelmäßig Thema in der Verwaltung sei. Aktuell werden mögliche Stellen für eine Einführung geprüft. Ein Vorschlag der Verwaltung über mögliche Standorte werde folgen. Außerdem habe es ein Gespräch zum flächendeckenden Tempo 30 gegeben im Verkehrsministerium gegeben, bei dem Herrn Dr. Saturra anwesend war. Diesbezüglich werde es in den kommenden Jahren allerdings noch weitere Diskussionen mit der Städteinitiative geben, die das Flächendeckende Tempo 30 beantragt habe. Zunächst müsse für eine Einführung die Gesetzeslage geändert werden.

3 Information zur Bahnunterführung Osterath

Die DB Netz AG, vertreten durch Herrn Prause, Herrn Jüngling und Herrn Pohlmann, stellt den aktuellen Stand der Arbeiten an der Bahnunterführung Osterath vor. Im Anschluss beantworten die Referenten die Rückfragen der Ausschussmitglieder.

Anmerkung der Schriftführerin: die Präsentation ist der Niederschrift als Anhang beigefügt.

4 Vorstellung einer Initiative für digitale Parkraumbewirtschaftung durch "Smartparking" (Referent angefragt)

Herr Dr. Wahle von Smartparking e.V. stellt das Konzept des Handyparkens vor. Im Anschluss an den Vortrag ergibt sich eine rege Diskussion der Ausschussmitglieder.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation wird der Niederschrift nachträglich als Anhang beigefügt.

5 Einführung Handyparken auf den bewirtschafteten Parkplätzen Meerbuschs
Vorlage: FB5/1437/2021

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt auf den bewirtschafteten kostenpflichtigen Parkplätzen Meerbuschs (derzeit Dr.-Franz-Schütz-Platz) die zusätzliche Möglichkeit des Handyparkens einzuführen und beauftragt die Verwaltung die hierfür notwendigen Verträge mit den über die Initiative „smartparking – Plattform e.V.“ zertifizierten Anbietern abzuschließen.

Einstimmig beschlossen

Ratsherr Berthold weist darauf hin, dass entsprechende Konzepte im Rahmen des Mobilitätskonzeptes ausgearbeitet werden sollen, für die die Einholung von Erfahrungswerte auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz hilfreich seien. Technischer Dezernent Assenmacher schließt sich dem an und plädiert dafür mit dem Dr.-Franz-Schütz-Platz zu beginnen und anhand dessen zu prüfen, ob eine Ausweitung sinnvoll wäre.

6 Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung im Bereich Parkplatz Josef-Kohtes-Straße 22.
Vorlage: FB5/1434/2021

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt im Bereich des Parkplatzes Josef-Kohtes-Straße 22 in Strümp eine Erweiterung der Parkzeitbegrenzung der zweiten Reihe in Richtung Süden von 1,5 Stunden zwischen 09:00 Uhr und 18:00 Uhr von montags bis freitags und samstags zwischen 9:00 Uhr und 13:00 Uhr einzuführen und beauftragt die Verwaltung die beschlossene Parkraumbewirtschaftung mittels Beschilderung umzusetzen.

Einstimmig beschlossen

Ratsfrau Kohn weist auf die Bedarfe eines Parkplatzes für Lastenräder hin und regt an eine entsprechende Beschilderung mit der Erweiterung der Parkzeitbegrenzung aufzunehmen. Herr Hartenstein erläutert, dass Lastenräder keine separate Abstellmöglichkeit benötigen, da sie grundsätzlich auf PKW-Parkplätzen abgestellt werden dürften.

7 Taktverdichtung K-Bahn - Planung der Umsetzungsstufen 1 und 2
Vorlage: DezIII/1432/2021

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Mobilität nimmt die Machbarkeitsstudie "Untersuchungen zu den Auswirkungen von Siedlungsentwicklungen entlang der K-Bahn Düsseldorf-Meerbusch-Krefeld auf die Verkehrsträger des Umweltverbundes" zustimmend zur Kenntnis.

2. Der Ausschuss für Mobilität beschließt, das vorgeschlagene Maßnahmenkonzept stufenweise umzusetzen. Notwendige Entscheidungen werden den jeweiligen zuständigen politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Verwaltung wird zunächst beauftragt, für die Umsetzungsstufen 1 und 2 einen Maßnahmen-, Zeit- und Kostenplan in Abstimmung mit der Rheinbahn zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen. Hierbei soll im Sinne eines interkommunalen Projektes für alle ermittelten Investitionskosten ein Kostenverteilungsschlüssel erarbeitet und den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Einstimmig beschlossen

Es erfolgt ein Beschluss nach Vorlage.

8 Haushaltsberatung 2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushalts 2022 für alle der in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse und den Veränderungsvorschlägen der Verwaltung, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

beschlossen

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	4		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	15		2

Zur Beratung liegen dem Ausschuss für Mobilität vor:

- der Entwurf des Haushaltes 2022 sowie die Finanzplanung 2023 bis 2025,
- als Tischvorlage:
 - Anträge der SPD-Fraktion,
 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Fraktionsanträge wurden zwecks besserer Übersicht für die heutige Sitzung als Tischvorlage nach der Reihenfolge innerhalb der Haushaltsprodukte entsprechend dem Entwurf des Haushaltes geordnet und nummeriert.

Während der anschließenden Beratungen ruft der Vorsitzende die Fraktionsanträge entsprechend der Produktfolge auf.

Produkt 120.541.010 – Straßen, Wege, Plätze – Verkehrsplanung/-konzepte

Bürgerwünsche

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		4	
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION		1	
Gesamt:	2	15	

Ratsfrau Niegeloh begründet den Änderungsantrag damit, dass eigene Recherchen ergeben haben, dass Ansätze in der bestehenden Größenordnung nicht benötigt würden und daher eine Möglichkeit zur Einsparung böten. Technischer Dezernent Assenmacher erwidert, dass die Verwaltung andere Erfahrungen gemacht habe und bittet darum, die Mittel im Haushalt zu belassen. Als Beispiel nennt er die flexible Aufstellung von Pollern auf Wunsch der Bürgerschaft, die durch diesen Etat ermöglicht werde. Sachkundiger Bürger Behlen ergänzt das Beispiel der Müllbehälter für Hundehalter, die aus dem Etat finanziert werden könnten.

Ratsherr Schoenauer schließt sich dem Technischen Dezernenten an und gibt zu verstehen, dass die CDU dem Antrag der SPD nicht folgen werde. Ratsherr Quaß ergänzt, dass der Haushaltsansatz für Bürgerwünsche auf einer schwarz-grünen Kooperation basiere und die Grünen dem Antrag daher ebenfalls nicht folgen werden. Auch sachkundiger Bürger Wagner lehnt den Antrag ab, da er die kurzfristig abrufbaren und niederschweligen Mittel für die Bürgerschaft schätze. Ratsherr Berthold schließt sich den vorhergegangenen Ausführungen an.

Radwege

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		4	
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION		1	
Gesamt:	2	15	

Ratsfrau Niegeloh erläutert den Antrag der SPD, der mit einer neuen Radwegeverbindung die Sicherung des Schulwegs zwischen Osterath und Strümp gewährleisten solle. Technischer Dezernent Assenmacher gibt zu verstehen, dass der Ausbau des Radwegenetzes grundsätzlich zwar wünschenswert sei, das Personal zu dessen Umsetzung allerdings fehle. Eine Ursache sei, dass die bereits zweifach ausgeschriebene Stelle nicht besetzt werden könne. Ratsherr Schoenauer merkt an, dass das Radwegekonzept beschlossen worden sei und dieses erst abgearbeitet werden solle bevor weitere Anträge zum Thema Radwegeausbau gestellt würden und lehnt den Antrag der SPD daher ab. Ratsfrau Neukirchen ergänzt, dass Sie zwar jeden neuen Radweg begrüße, der vorgeschlagene Haushaltsansatz zur „Schaffung einer neuen Radwegeverbindung zwischen Osterath und Strümp zur Sicherung des Schulweges“ allerdings nicht klar genug erläutert sei. Zunächst müsse der Bedarf ermittelt werden, dann der Weg geplant werden. Eine Umsetzung im kommenden Jahr sieht sie daher als unrealistisch an. Sie unterstreicht die Aussage von Technischem Dezernenten Assenmacher: Es sei bereits ein ausreichendes Budget für den Ausbau des Radverkehrs vorgesehen und mehr könne aufgrund des personellen Engpasses nicht umgesetzt werden. Ratsfrau Kohn gibt zu verstehen, dass der Haushaltsansatz auf der Rückmeldung zahlreicher Eltern basiere, die zu verstehen gegeben haben, dass der genannte Radweg viele unübersichtliche Stellen beinhalte, die dem Verkehrsfluss nicht gerecht würden. Sie führt weiter aus, dass betroffenen Eltern ihre Kinder teilweise mit dem PKW zur Schule brächten, weil sie den Weg als zu gefährlich einschätzten. Es ginge daher darum ein Bewusstsein für die Mangelsituation zu schaffen. Technischer Dezernent Assenmacher weist darauf hin, dass die gewünschte Radwegeverbindung zwei Schwellen überqueren müsse, zum einen die A52 und zum anderen die Bahngleise. Das bedeute, dass die Stadt nicht tätig werden könne ohne Grunderwerb zu tätigen. Außerdem seien der Verwaltung keine Unfallzahlen bekannt, die auf eine Gefahrensituation hinweisen würden.

Ratsherr Bertholdt schließt sich der Argumentation von Ratsherrn Schoenauer an. Das bestehende Radwegekonzept solle zunächst umgesetzt werden bevor weitere eingeleitet werden. Er weist darauf hin, dass entsprechende Bedarfe für eine neue Schulwegverbindung in eben diesem Konzept aufgezeigt worden wären. Es gibt weiterhin zu verstehen, dass Radwege nicht alleine für Schülerinnen und Schüler gebaut würden, sondern für die gesamte Bürgerschaft. Ratsfrauen Niegeloh und Kohn geben daraufhin ihre Meinung kund, dass man Änderungen an bestehenden Konzepten vornehme solle. Sie kündigt ab, dass der Antrag detaillierter ausgearbeitet und unterjährig neu gestellt werde.

Produkt 120.546.010 – Parkraumbewirtschaftung**Parkscheinautomaten****Abstimmungsergebnis: zurückgezogen**

	Ja	Nein	Enthaltungen

CDU			
SPD			
FDP			
Bündnis 90/DIE GRÜNEN			
UWG/Freie Wähler			
DIE FRAKTION			
Gesamt:			

Ratsherr Quaß weist darauf hin, dass der Antrag nicht starr betrachtet werden dürfe; die Anzahl der Parkautomaten könne auf Wunsch der Verwaltung angepasst werden. Die allgemeine Situation sei allerdings nicht zufriedenstellend und man müsse mit der Zeit gehen und dem Trend des kontaktlosen Bezahls folgen. Er fügt hinzu, dass im Vortrag zum Thema Handyparken erwähnt worden sei, dass die Nutzung im ersten Jahr bei 2,5% liege. Es müsse also auch für den Übergang eine Lösung gefunden werden.

Technischer Beigeordneter Assenmacher ergänzt, dass die bestehenden Automaten zwar EC-Kartenkompatibel seien, das kontaktlose Bezahlen aber in der Tat nicht möglich sei. Im Letzten Jahr habe es allerdings nur halb so viele Kartenzahlungen wie Barzahlungen gegeben. Ratsherr Quaß gibt zu bedenken, dass die geringe Nutzung damit zusammenhängen könne, dass eine kontaktlose Bezahlung mit EC-Karte nicht möglich ist. Technischer Dezernent Assenmacher schlägt vor zunächst das Handyparken einzuführen und zu erproben und den Antrag im nächsten Jahr ggfs. erneut zu stellen.

Ratsherr Schoenauer knüpft daran an und erläutert, dass es bei der Problematik besonders um die Störanfälligkeit der Parkautomaten gehe. Da der gestellte Antrag eine Problembeseitigung in dieser Hinsicht nicht vorsehe, werde ihm die CDU nicht folgen. Herr Hartenstein weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Problematik der Parkautomaten in der Kassenentleerung liege.

Ratsherr Quaß gibt zu verstehen, dass es den Grünen ausreiche, wenn die Verwaltung zusichere im nächsten Jahr einen Vorschlag zur Verbesserung der Situation vorzulegen und zieht den Antrag zurück.

Produkt 120.547.010 – ÖPNV – Linienplanung

Bürgerbus

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			
SPD			
FDP			
Bündnis 90/DIE GRÜNEN			
UWG/Freie Wähler			
DIE FRAKTION			
Gesamt:			

Ratsfrau Niegeloh erläutert, dass es bereits einen Versuch gegeben habe einen Bürgerbus in Meerbusch zu etablieren. Dabei habe sich zwar gezeigt, dass die Umsetzung schwierig sei, dennoch gäbe es nun Bestrebungen der Osterather Bürgerschaft, die aktuell mit der benötigten Vereinsgründung beschäftigt seien. Sie verweist außerdem auf das erfolgreiche Projekt in Willich, das im Sozialausschuss vorgestellt worden sei. Im Anfangsstadium müssten Vorarbeiten geleistet werden, die der Verein finanziell nicht tragen könne. Die Haushaltsmittel seien daher vorgesehen, um die Planung rund um die Einrichtung eines Bürgerbusses in die Wege zu leiten.

Ratsherr Schoenauer weist auf die gescheiterten starken Bestrebungen zur Etablierung eines Bürgerbusses in Nierst hin, die mit einer rechtlichen Problematik zusammenhänge. Ein solches Projekt funktioniere nur mit Fördermitteln des Landes. Diese können allerdings nur auf Strecken genutzt werden, die nicht durch den ÖPNV abgedeckt seien und solche Strecke würde es in Meerbusch nicht geben. Die CDU würde daher dem Vorschlag der Verwaltung folgen. Dem schließt sich Ratsherr Bertholdt an. Er hebt hervor, dass es auch bei dem genannten Positivbeispiel aus Willich große Probleme gäbe, das Projekt am Laufen zu halten. Ein erfolgreicher Bürgerbus brauche rund Ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger, die den Bus konsequent betreiben.

Technischer Dezernent Assenmacher erläutert, dass es bereits vor 2 bis 3 Jahren bereits einen Aufruf in der Rheinischen Post gegeben habe, einen Bürgerbus zu etablieren. Das Projekt wurde allerdings von nicht genügend Bürgerinnen und Bürgern getragen. Er weist allerdings darauf hin, dass die Verwaltung uneingeschränkt Unterstützung leiste, sobald sich ein Verein etabliere. Dazu bräuchte es von Seiten der Verwaltung zunächst allerdings keine Mittel, sondern erst, wenn es um die Anschaffung eines Fahrzeuges ginge.

Der Änderungsantrag wird daraufhin von der SPD zurückgezogen.

9 Anträge

10 Anfragen

**10.1 Anfrage der SPD vom 9.11.2021: Fahrradfreundliches Meerbusch
Vorlage: DezIII/0170/2021**

Frau Frey gibt zu Protokoll, dass das Gesetz im Landtag verabschiedet wurde, allerdings erst am 01.01.2022 in Kraft tritt. Der neue Förderkatalog wurde noch nicht veröffentlicht, daher kann die Anfrage zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden..

**10.2 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2021: Verkehrssituation Niederlöricker Str. / Dorfstraße
Vorlage: DezIII/0173/2021**

Herr Hartenstein gibt zu Protokoll, dass ein Überblick über die Gefahrenlage und das Unfallgeschehen vor Ort die Grundlage für die Beantwortung der Anfrage ist. Diesbezüglich wird eine Anfrage bei der Polizei gestellt.

Zu Umsetzung einer Höchstgeschwindigkeit von Tempo 30 muss eine entsprechende Lärmbelastung nachgewiesen werden, erst dann kann auf dieser Grundlage eine Geschwindigkeitsbegrenzung angeordnet werden.

Die Verwaltung hat den Landesbetrieb angeschrieben und drum gebeten, gemäß dem Lärmaktionsplan Tempo 30 auf folgenden Belastungsachsen

<i>Büderich:</i>	<i>Achse Dorfstraße und Niederlöricker Straße,</i>
<i>Büderich:</i>	<i>Achse Moerser Straße / Düsseldorfer Straße / Neusser Straße,</i>
<i>Strümp:</i>	<i>Achse Xantener Straße,</i>
<i>Osterath:</i>	<i>Achse Meerbuscher Straße bis Bahnhof,</i>

in Meerbusch anzuordnen. Straßen NRW hat für die genannten Straßenabschnitte eine schalltechnische Untersuchung gemäß RLS-90 (Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen) durchgeführt und die Anordnung des Tempo 30 in der Nachtzeit auf der Achse Moerser Str./ Düsseldorfer Str. / Neusser Str. umgesetzt. Für weitgehenden Maßnahmen und Anordnung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf den anderen Belastungsachsen hat der Landesbetrieb kein Einvernehmen gegeben. Hier sollten vorrangig passive Schallschutzmaßnahmen in Betracht gezogen werden.

**10.3 Anfrage der SPD vom 23.11.2021: Fahrradabstellplätze, Park and Ride Anlage Osterath
Vorlage: DezIII/0175/2021**

Technischer Dezernent Assenmacher erläutert, dass in der Planung von ter Brinke keine Radabstellplätze vorgesehen seien. Es sei hingegen eingeplant, dass bei der Planungsanpassung durch die Stadt die Flächen für PKW-Parkplätze in Radabstellplätze umgewandelt würden. Die Anzahl werde noch in Abstimmung mit der Stabsstelle Umwelt und Klimaschutz im Hinblick auf bestehende Plätze und Bedarfe abgestimmt. Weiterhin erläutert er, dass es Überlegungen zu sogenannten Fahrradparkhäusern gebe. Der Platz hierfür könne ebenfalls von PKW-Parkflächen zur Verfügung gestellt werden. Auch dieser Punkt werde weiter mit der Stabsstelle Umwelt und Klimaschutz abgestimmt. Eine Überlegung sei gewesen, den Siloturm zu einem Fahrradparkhaus umzubauen, allerdings sei das Vorhaben aus technischen sowie Kostengründen gescheitert. Er fügt hinzu, dass die Rheinbahn die Abstellanlagen an der K-Bahn erneuern wolle.

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Technischer Dezernent Assenmacher berichtet, dass der Lenkungskreis zum Mobilitätskonzept am 30.11.2021 getagt habe. Das Protokoll sowie die dort gehaltene Präsentation werden den Ausschussmitgliedern im Anhang zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

Frau Pottbäcker weist darauf hin, dass es in der nächsten Sitzung des AMO im März eine weitere Vorstellung des Zwischenstandes durch das Büro Planersocietät geben werde. Daraufhin erkundigt sich Ratsfrau Niegeloh nach dem Termin der im Rahmen des Mobilitätskonzepts geplanten Bürgerbeteiligung. Frau Pottbäcker antwortet, dass es noch keinen festen Termin gebe, die Bürgerbeteiligung im Corona-bedingt digitalen Format aber im Januar 2022 stattfinden werde.

12 Termin der nächsten Sitzung 31.03.2022

13 Verschiedenes

Ratsherr Jung erläutert, dass auf dem Radschnellweg von Krefeld nach Düsseldorf, der im Bereich der K-Bahn ausgebaut worden ist, Gefahrensituationen im Kreuzungsbereich Kamperweg entstünden. Er weist darauf hin, dass die dortige Situation durch das Aufstellen von Verkehrsschildern (bspw. Stoppschildern) die Situation entschärfen könne.

Ratsherr Berthold merkt zu TOP 10.3 an, dass es sich in einem Fall um eine Kiss & Ride Anlage in dem anderen Fall um eine Bike & Ride Anlage handele. Dabei müsste die Gestaltung des Umfeldes bedacht werden. Laut Radwegekonzept bestünde dort ein Bedarf von ca. 400 Radabstellanlagen. Ratsfrau Niegeloh weist darauf hin, dass die Verkehrsspiegel an der Ecke Meerbuscher Straße / Gladiolenweg entfernt wurden und bittet darum, diese wieder aufzustellen.

Meerbusch, den 11. Februar 2022

Dr. Felix Nieberding
Ausschussvorsitzender

Lena Clermont
Schriftführer/in